



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko CSU**

Drs. 17/62, 17/315

Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt

1. Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass die Ausspähungs- und Überwachungsmaßnahmen internationaler Nachrichtendienste in weiten Teilen der Bevölkerung und der Wirtschaft zu berechtigten Verunsicherungen bei der Nutzung der für die moderne Gesellschaft selbstverständlich und unerlässlich gewordenen Kommunikationstechnologien geführt haben.

Der Landtag hält es daher für dringend erforderlich, die Aufklärung und Analyse der bisherigen Überwachungsstrategien und -maßnahmen konsequent zu einem raschen Abschluss zu bringen und wirksame Abhilfemaßnahmen zur Gewährleistung von Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt zu ergreifen.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu berichten,

- über welche aktuellen Erkenntnisse sie hinsichtlich der Überwachung der bayerischen Bevölkerung, bayerischer Wirtschaftsunternehmen oder staatlichen Stellen durch die NSA und andere Nachrichtendienste verfügt,
- welche Maßnahmen sie als Reaktion auf die öffentlich diskutierten Ausspähungs- und Überwachungsmaßnahmen für die Sicherheit staatlicher, kommunaler und privater Datenverarbeitung, der Kommunikationsinfrastruktur in Bayern, ein sicheres Internet und eine sichere globale Kommunikation ergriffen hat und noch ergreifen wird, um Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt zu gewährleisten.

2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei ihren Überlegungen für ein nachhaltiges Sicherheitskonzept die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu erhalten. Dadurch sollen die Chancen des Internets für Gesellschaft und Staat bewahrt und zugleich den mit ihm verbundenen Risiken und Bedrohungen für die Bevölkerung und die Unternehmen effektiv und angemessen entgegengetreten werden. Dabei muss insbesondere die Sicherheit der digitalen Netzinfrastruktur selbst gewährleistet bleiben. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen sind Maßnahmen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene zusammenzuführen und ein umfassender gesamtgesellschaftlicher Ansatz zugrunde zu legen, der Eigenverantwortung und Selbstschutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen ebenso beinhaltet wie kooperative oder normative Maßnahmen des Staats. Effektive, der technologischen Entwicklung angepasste Befugnisse der Sicherheitsbehörden – wozu vor allem auch die internationale Zusammenarbeit der Nachrichtendienste zur Aufklärung der internationalen Verflechtungen terroristischer, insbesondere islamistischer Netzwerke gehört – sind dabei zur Gewährleistung individueller Freiheit im Netz unverzichtbar, um auch auf die Bedrohungen aus dem Cyberraum wirksam reagieren zu können. Sichere Rahmenbedingungen sollen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen auf den Schutz ihrer Daten im Netz auf eine verlässliche Grundlage stellen.
3. Der Landtag begrüßt deshalb das dreizehn Punkte umfassende „Maßnahmenkonzept für Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt“, dessen Kernelemente insbesondere sind
 - ein internationaler Datenschutzkodex der Nachrichtendienste und ein internationaler Schutz der Kommunikationsnetze,
 - eine verantwortungsbewusste Umsetzung der EU-Datenschutzreform und die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsstrategie für die Telekommunikationsnetze,
 - durchsetzbare Datenschutzstandards als Junktim jeder internationalen Vereinbarung Deutschlands und der EU,
 - die Fortentwicklung der von Bund und den Ländern entwickelten Cybersicherheitsstrategien, wozu auch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem privatwirtschaftlichen Sektor und den Betreibern kritischer Infrastrukturen gehört, wie sie im Cyber-Allianz-Zentrum Bayern verwirklicht wird,

- die Sicherheit der privaten, privatwirtschaftlichen und staatlichen IT-Infrastruktur sowie
 - Aufklärung und Datenschutzbildung, insbesondere eine Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene bei der Gestaltung der Schutzstandards für Bürger und Unternehmen zu nutzen, dass das hohe nationale Datenschutzniveau nicht ausgehöhlt wird, sowie dass der Datenschutz im internationalen Verkehr weiter ausgebaut wird. Auf allen Ebenen wie auch in der Gesellschaft soll darauf hingewirkt werden, ein verstärktes Bewusstsein für den Datenschutz und einen verantwortungsvollen Umgang mit Daten zu schaffen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin